

Interview Hacke

Herr Hacke, wir wollen hier nicht über Totenschädel sprechen. Aber es ist doch interessant, dass nach den Veröffentlichungen über die deutschen Soldaten in Afghanistan plötzlich eine Debatte über Sinn und Zweck von Auslandseinsätzen losbricht. Verrät das nicht eine völlige Planlosigkeit der Politik?

Antwort neu:

In der Tat. Bis heute hat niemand über eine angemessene Exit-Strategie bei den Auslandseinsätzen nachgedacht. Auf Anfrage haben wir immer sofort zugesagt, aber die Bundesregierungen in Bonn bzw. in Berlin haben selbst keine klaren Interessenprioritäten gesetzt. Das erweist sich als verhängnisvoll. Wir reagieren nur, wie z.B. im Kosovo und reagieren so ungeschickt, dass schließlich die Verantwortung mit Blick auf den Kosovoeinsatz von einem Europäer zum anderen wie eine heiße Kartoffel weitergegeben wurde und diese dann schließlich im Schoße der Deutschen landete. Deutschland hat traditionell keine Interessenprioritäten im Kongo, hier wären vor allem die Franzosen gefragt gewesen.

Diese Interessen würden unseren Partnern klarmachen, wo wir präsent sind und wo nicht?

Antwort:

Genau. Erst wenn man aus eigener Initiative Schwerpunkte setzt und kraftvoll und überzeugend wirkt, hat man die Gelegenheit, auch mal Nein zu sagen. Wenn man nur halbherzig hinterherläuft, kommt man in Rückenlage.

Die deutsche Außenpolitik ist vor allem moralisch, nicht aber durch Interessen definiert.

Antwort:

Und das ist das Problem. Den Einsatz im Kosovo begründete Rot-Grün damit, die Bundesregierung wolle ein neues Auschwitz verhindern. In dieser Kontinuitätslinie liegt die Argumentation der Großen Koalition, wenn sie erklärt, im Libanon müsse sich Deutschland engagieren, weil wir in Erinnerung an Auschwitz dort vorwiegend israelische Interessen zu vertreten haben. Diese moralische Begründung ist prinzipiell problematisch, aber mit Blick auf den Libanon besonders heikel. Denn dort fand ein Krieg statt, an dem Israel nicht ganz unschuldig war. Manche Beobachter beurteilen ihn sogar als israelischen Angriffskrieg, der sich im Übrigen auch für Israel katastrophal entwickelt hat und darüber hinaus die Zivilbevölkerung und das Territorium des Libanon schwer erschüttert hat und zudem ohne Verhältnismäßigkeit der Mittel geführt wurde.

Greifen moralische Begründungen also zu kurz?

Antwort:

Ja. Aber auch die geopolitischen Erwägungen Deutschlands sind problematisch. Peter Struck als Verteidigungsminister wollte ja die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigen. Das erinnert mich an die Maxime des Kalten Krieges, demzufolge die Freiheit Berlins schon in Saigon verteidigt wurde. Heute ist Deutschland im Vergleich zum Kalten Krieg außenpolitisch souverän und sollte umso

vorsichtiger die eigenen nationalen Interessen definieren und vor allem dabei die Landesverteidigung nicht vergessen.

Landesverteidigung hört sich seltsam antiquiert an.

Antwort:

Die Wehrpflicht gründet sich zuerst auf Landesverteidigung. Das versteht jeder Wehrpflichtige, weil diese Aufgabe seinem Einsatz Sinn gibt. Landesverteidigung kann auch schon außerhalb Europas notwendig werden. Aber die Auslandseinsätze müssen immer in Bezug zur Sicherheit unseres Landes gebracht werden, und dürfen nicht irgendeiner abstrakten moralischen Idee zugeordnet werden.

Warum wird darüber nicht offen diskutiert?

Wie die Regierung alles tut, um diese Diskussion zu verhindern. Sie hat nämlich selbst in den Schlüsselfragen der Außenpolitik keinen Plan, auch deshalb weil CDU/CSU einerseits und SPD andererseits in außenpolitischen Schlüsselfragen zerstritten sind.

So verlegt man sich auf die Moral?

Und betreibt Politik mit dem Weichzeichner. Man sagt: es ist eigentlich alles prima. In Wirklichkeit passt nichts zusammen.

Haben wir Angst vor nüchterner Interessenspolitik?

Antwort:

Der Begriff wirkt für viele anrühlich, denn im Namen der deutschen Nation ist bis 1945 politisch und außenpolitisch viel Schindluder getrieben worden. Aber abgesehen von Deutschland wird dieser Begriff von allen Ländern der Welt wie selbstverständlich für die Definition und Schwerpunktsetzung ihrer Außenpolitik benutzt. Er ist der einzige Begriff, mit dem Politiker die Situation des eigenen Landes, aber auch die Rolle der Partner, Rivalen und Konkurrenten definieren können. Doch auch in der Großen Koalition wird nur ungern von nationalen Interessen gesprochen. Nehmen wir jetzt die neue Strategie unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier für Zentralasien: Er will dort vor allem eine Stärkung der Menschenrechte durchsetzen. Das ist ehrenhaft, kann aber schlimmstenfalls unsere Außenpolitik, d.h. vor allem unsere Interessen lähmen. Es geht dort nämlich um geostrategische Aufgaben und um den Zugang zu den Rohstoffvorräten dieser Region, wo es eben leider keine Demokratien gibt, sondern sehr autoritäre Regime. Wenn wir dort nur auf die Menschenrechte schauen und jeden Kontakt zu zweifelhaften Regimen meiden oder ihnen öffentlich vorschreiben, wie sie ihre Menschenrechte durchsetzen, dann vernachlässigen und gefährden wir unsere energiepolitischen und strategischen Interessen. Dann empfiehlt es sich eher, sich völlig aus der Region raus zu halten.

Heißt das, die ganzen Auslandseinsätze haben uns außer Kosten und Verlusten nichts gebracht?

Unsere Auslandseinsätze entpuppen sich immer mehr als hochtouriger und teurer Leerlauf, geprägt von Wirkungslosigkeit, Drückebergerei und stillösen Entgleisungen.

Übertreiben Sie da nicht ein wenig?

Schauen Sie doch nach Afghanistan. Wir unterstützen dort nicht etwa ein Land auf dem Weg zur Demokratie, sondern einen streng islamischen Staat. Im Süden dieses Landes werden die Natotruppen massiv von den Taliban angegriffen. Die amerikanischen, kanadischen und britischen Truppen haben mehrfach gebeten, die Deutschen mögen Ihnen zu Hilfe kommen. Das wird von Berlin abgeblockt.

Jetzt stehen immerhin elf Mann von uns da unten.

Antwort:

Großartig! Im Ernst: Wir verweigern kameradschaftliche, gemeinschaftliche Hilfe, die zwingend ist. Eine solche Einstellung Berlins halte ich politisch und moralisch für äußerst fragwürdig. Eine wirklich moralische Politik mit Blick auf die Gesamtverantwortung in Afghanistan bedeutet, dass auch wir uns vor Verantwortung im Süden nicht drücken dürfen, den Kameraden beistehen und natürlich eigene Kosten und Verluste einkalkulieren müssen. Es ist unmöglich, Hilfe zu verweigern und dann moralisch zu argumentieren. Wir suchen uns das Gemeinschaftliche da aus, wo es uns passt. Wenn es schwierig wird, drücken wir uns.

Verschenken wir damit auch politischen Einfluss?

Antwort:

Ja, weil unsere Soldaten nicht mehr ernst genommen werden. Die Regierung in Berlin sollte endlich begreifen, militärische Stärke auch in politischen Einfluss umzumünzen. Dann muss man sich allerdings auch beim militärischen Einsatz wirklich gemeinschaftlich-kameradschaftlich verhalten. Übrigens verhalten wir uns auch im Libanon, wenn auch aus anderen Gründen, unklug. Wir haben dort aufgrund jahrzehntelanger Erfahrung und unserer zivilen Rolle hohes Ansehen bei allen Parteien gewonnen. Warum setzen wir dies jetzt aufs Spiel, indem wir unsere Streitkräfte dort einsetzen?

Haben Sie eine Antwort?

Antwort:

Wir haben keine klare weltpolitische Interessenstruktur. Dazu fehlt uns eine angemessene außenpolitische Kultur. In Deutschland interessiert sich kaum jemand für Außenpolitik. Dies wird von den politischen Eliten peinlicherweise vorexerziert. Sie können doch heute in führende außenpolitische Funktionen auf Bundesebene kommen, ohne den Begriff Außenpolitik buchstabieren können. Es gibt eine Verprovinzialisierung des politischen Potenzials. Die neuen Herausforderungen werden nicht erkannt. Es fehlt an Sachverstand.

So erwecken wir den Eindruck, als ob wir zunehmend steuerlos, ratlos, bei sinkendem Ansehen und Verlust von Freunden mit schwindender Berechenbarkeit ziemlich gefährlich im Meer der internationalen Politik herumschwimmen.

Müssten wir mehr zu einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik kommen?

Antwort:

Auch hier suchen wir uns das gemeinschaftliche heraus und wenn es uns nicht gefällt, stellen wir uns abseits. Nehmen Sie z.B. die Kernenergie: Deutschland ist das

einziges Land, das sich ausdrücklich gegen Kernenergie ausspricht, die aber als gemeinsamer Bestandteil einer europäischen Energiepolitik von allen befürwortet wird. Auch dort bewegen wir uns als Geisterfahrer. Die enge energiepolitische Achse zwischen Berlin und Moskau wird zunehmend von den mittel- und osteuropäischen Staaten mit Argwohn betrachtet. Sie haben noch die entsprechenden sicherheitspolitischen Reflexe und warnen vor zu viel Abhängigkeit von Moskau. Wir dagegen glauben blauäugig noch an eine strategische Partnerschaft mit Putin, der sich repressiv im Innern und aggressiv nach außen verhält. Wir sind also auch auf dem energiepolitischen Feld in Europa nicht gemeinschaftsfähig. Darüber hinaus haben wir unsere ökonomische Schlüsselrolle verloren. Deutschland ist nicht mehr Lokomotive, sondern wird zunehmend zum fünften Rad am Wagen in Europa. Auch haben wir die Spaltung Europas in eine atlantische und eine anti-atlantische Komponente mit verschuldet. Natürlich sind die Dinge mit der Regierung Bush schwieriger geworden, aber uns fehlt die diplomatische Geschmeidigkeit auch mit schwierigen Situationen zurecht zu kommen. Erst in solchen Situationen zeigt sich die Klasse von Außenpolitik und Diplomatie. Die ist leider bei uns nicht vorhanden.

Man spürt die Qual des Fachmanns. Aber wie könnte denn eine Außenpolitik aussehen, die nicht in den Krieg aller gegen alle verfällt? Gibt es dafür Denkansätze?

Antwort:

Das militärische Instrument bei Auslandseinsätzen bedeutet nicht mehr Vernichtungskrieg oder Militarismus, sondern ist klug angewandt, Voraussetzung für Rettung von Menschenleben, Befreiung von Diktatoren und vor allem Wahrung deutscher Interessen im Zeitalter wachsender ökonomischer und energiepolitischer Konkurrenz und angesichts neuen Herausforderungen, auch im Zeichen des Terrors. Wer wie die Regierenden in Berlin so gerne moralisch argumentiert, muss zuerst feststellen, dass moralisch Berlin bei den Auslandseinsätzen auf Sonderrollen verharret, den Gemeinschaftsgedanken à la carte interpretiert und vielleicht sogar kurz vor dem Bündnisverrat steht. Entweder nehmen wir Verantwortung in der Gemeinschaft wahr, wenn wir uns einmal zum Engagement entschlossen haben, wie in Afghanistan. Dann gehören Kampfeinsätze, Risiko und Tote aber unvermeidlich zur Realität. Oder wir geben öffentlich zu, dass wir bei diesen Einsätzen nur Mitglieder zweiter Klasse sind, nur die Logistik liefern und nach dem Motto agieren: Alle Mann nach vorn, wir laufen zurück und holen die Waffen. Angesichts dieser Situation ist es unmoralisch, ständig davon zu sprechen, man übernehme Verantwortung, aber die Alliierten allein im Bomben- und Kugelhagel stehen lässt, wie im Süden Afghanistans. Terror, neue religiöse Konfliktdimensionen und nicht zuletzt die neue energiepolitische Front von undemokratischen Regimen in der Welt erfordert einen neuen Selbstbehauptungswillen der freien Welt und damit auch Deutschland. Wenn wir nicht endlich angemessen auf Erpressungstaktiken, Machtrivalitäten und auf die Drohung neuer energiepolitischer Abhängigkeiten entsprechend antworten, werden die außenpolitischen Handlungsspielräume für unser Land immer enger.